

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming



Ausschuss für Regionalentwicklung und Bauplanung

Niederschrift

über die 25. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Regionalentwicklung und Bauplanung - am 05.04.2011 im Kreisausschusssaal, Am Nuthefließ 2 in 14943 Luckenwalde.

Anwesend waren:

Ausschussvorsitzender

Herr Bernd Habermann

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Fritz Lindner

Herr Dr. Günter Stirnal

Herr Dr. Ralf von der Bank

Herr Michael Baumecker

Sachkundige Einwohner

Frau Ute Krüger

Herr Hartmut Rex

Herr Thomas Thiel

Frau Alice Löning

Verwaltung

Herr Detlef Gärtner, Beigeordneter und Dezernent

Herr Holger Lademann, Beigeordneter und Dezernent

Herr Ralf Neumann, Kreisentwicklungsamt, Amtsleiter

Frau Iris Rockmann, Kreisentwicklungsamt, Sachgebietsleiterin

Frau Heidemarie Köppen, Kreisentwicklungsamt, Flughafenkoordinatorin

Frau Michaela Teubner, Kreisentwicklungsamt, Schriftführerin

Herr Andreas Weiher, Bauamt, Amtsleiter

Gäste

Frau Heike Pfretzschner, Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Niederlassung Süd

Herr Rainer Pannier, Verein BISAR

Es fehlten:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Christin Menzel	entschuldigt
Herr Klaus Hubrig	entschuldigt
Herr Günter Henkel	
Herr Erich Ertl	entschuldigt

Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:41 Uhr

- - - - -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden
- 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 01.03.2011
- 3 Mitteilungen der Verwaltung
- 4 Anfragen der Abgeordneten
- 5 Sachstand zum Ausbau der B 101n
- 6 S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf
- 7 Flughafen BBI
- 8 Sonstiges

Öffentlicher Teil

TOP 1

Begrüßung und Mitteilungen des Vorsitzenden

Herr **Habermann** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 25. Sitzung. Er stellt fest, dass die Einladung form- und fristgerecht verschickt worden ist.

Er informiert den Ausschuss darüber, dass sich die DEGES¹ heute zum TOP 5 entschuldigt hat, Herr Habermann bittet Herrn Gärtner Näheres zu erläutern.

Herr **Gärtner** berichtet, dass die Verwaltung zum TOP 5 die DEGES und den Landesbetrieb Straßenwesen Brandenburg, Niederlassung Süd (LS) eingeladen hatte. Die DEGES konnte den heutigen Termin nicht bestätigen und hat daher zum Sachstand der B 101n für ihren Zuständigkeitsbereich schriftlich Stellung genommen. Die DEGES wurde dennoch gebeten, zu diesem Thema in der nächsten Sitzung am 03.05.2011 zu berichten. Die schriftliche Stellungnahme der DEGES vom 25.03.2011 wurde allen Abgeordneten in der Sitzung ausgeteilt.

¹ Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH

TOP 2

Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung vom 01.03.2011

Die Niederschrift der Sitzung vom 01.03.2011 wird einstimmig bestätigt.

TOP 3

Mitteilungen der Verwaltung

Herr **Gärtner** informiert, dass die überarbeitete *Liste der Gebäude, von denen eine Gefahr ausgeht* heute den Abgeordneten neu ausgeteilt wird und das Thema auf der nächsten Sitzung des AfRB am 03.05.2011 beraten werden soll.

Weiterhin berichtet er über die Vertragsunterzeichnung und den morgigen Dienstbeginn des *Fluglärmschutzbeauftragten* Herrn Patrick Strogies im Flughafenberatungszentrum in Mahlow. Er wird sich diesem Ausschuss in der nächsten Sitzung vorstellen.

Entsprechend dem Hinweis des Herrn Dr. von der Bank in der Sitzung des AfRB am 01.03.2011 stellt Herr Gärtner die von Frau Köppen erarbeitete *Informationsvorlage zu den Arbeitsergebnissen des Kreistagsbeschlusses vom 14.09.2009 (4-0361/09-KT)* vor. Die Informationsvorlage wurde in Form einer Mappe allen anwesenden Abgeordneten, der Verwaltung und der Presse ausgeteilt (an diesem Tag nicht anwesende Mitglieder des Ausschusses erhalten die Mappe per Post). Sie enthält insbesondere:

- Beschluss des Kreistages vom 14.09.2009 (4-0361/09-KT) mit dem 30-Punkte-Plan
- Vorlage für die Dienstberatung beim Landrat am 03.05.2010 mit dem Vorschlag zur Gliederung der 30-Punkte in 4 Maßnahmepakete
- Maßnahmepakte I – IV
- 14 Punkte-Plan der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow

Die Mappe wird schon heute ausgeteilt, damit die Abgeordneten ausreichend Zeit zur Vorbereitung auf die Sitzung am 03.05.2011 haben, in der die einzelnen Punkte bzw. Maßnahmepakete besprochen werden sollen.

Politisch gesehen hat sich bereits der Gesundheitsausschuss im vergangenen Sommer damit befasst. Offen ist noch die Behandlung im Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt, AfRB und zuletzt im Haushalts- und Finanzausschuss, dort voraussichtlich im Herbst.

Herr **Dr. von der Bank** dankt Frau Köppen und natürlich auch der Flughafen AG für diese wirklich sehr umfangreiche Arbeit.

Dem Dank schließt sich Herr **Habermann** an und würdigt ebenfalls die sehr gute und große Fleißarbeit. Den Abgeordneten steht damit eine gut gegliederte Arbeitsgrundlage zur Verfügung.

Herr **Lademann** bezieht sich auf die Anfrage des Herrn Dr. von der Bank zum Thema *Energie- und Klimaschutzprogramm* und dem Konvent der Bürgermeister/-innen. Er teilt mit, dass heute keine Aussagen zu dieser Thematik getroffen werden. Der Kreistag hatte beschlossen, dass dies in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Ausschuss für Landwirtschaft und Umwelt (AfLU) beraten werden soll. Als Termin für diese gemeinsame Sitzung ist der 23.06.2011 vorgesehen. Herr Lademann bittet Herrn Habermann, den Termin mit dem Vorsitzenden des AfLU, Herrn Krüger abzustimmen. Zuvor wird die Verwaltung eine Gegenüberstellung verschiedener Klimabündnisse erarbeiten mit deren Zielen, Modalitäten, Beitrittsbedingungen und möglichen anderen Faktoren.

TOP 4

Anfragen der Abgeordneten

Herr **Rex** möchte wissen, ob die geplante Veranstaltung zum Thema Lärm, auf welcher zwei Experten eingeladen werden sollten, stattfindet.

Herr **Gärtner** informiert, dass die Veranstaltung wie geplant am 28.04.2011, von 17 Uhr bis 20 Uhr im Kulturhaus in Ludwigsfelde stattfinden wird. Die Experten wurden bereits eingeladen. Ebenfalls ging eine Einladung an die Bürgermeister der Gemeinden Ludwigsfelde, Großbeeren, Blankenfelde-Mahlow und Rangsdorf sowie auch von Zossen, Trebbin, Am Mellensee. Die Bürgermeister wurden sogleich gebeten, diese Information weiterzureichen. Ein positiver Rücklauf kam bisher von der Gemeinde Rangsdorf. Eventuell wird noch eine Veröffentlichung in der Zeitung erfolgen.

Herr **Dr. von der Bank** empfiehlt, die Einladung auch noch an die entsprechenden Gemeindevertretungen zu richten, worauf Frau Köppen antwortet, dass das über die Bürgermeister erfolgen sollte.

Auf die Nachfrage von Herrn **Rex**, welche Experten eingeladen wurden, berichtet Frau **Köppen**, dass es gelungen ist, folgende Experten für diese Veranstaltung zu gewinnen:

- Herrn Prof. Dr. Peter Lercher von der Sektion Sozialmedizin der Medizinischen Universität Innsbruck. Er ist Sozialmediziner und Spezialist auf dem Gebiet der Lärmwirkung, international tätig und bringt neuste Erfahrung mit.
- Frau Prof. Dr. Brigitte Schulte-Fortkamp vom Institut für Störungsmechanik und Technische Akustik der TU Berlin. Sie betreibt ebenfalls Lärmwirkungsforschung und ist international in entsprechenden Fachkreisen der Akustik anerkannt.
- und Herrn Prof. Klaus Zillig von der Sektion Städtebau der TU Berlin.

Die Hauptreferenten Herr Prof. Dr. Lercher und Frau Prof. Dr. Schulte-Fortkamp werden die Eingangsvorträge halten. Im zweiten Teil ist angedacht, eine Diskussionsrunde in der Art der Moderation „World Cafe²“ durchzuführen. Der dritte Teil ist abhängig von der Mitarbeit der einzelnen Teilnehmer, in dessen Ergebnis ein Aktionsplan erarbeitet werden könnte.

Da diese Veranstaltung im Auftrag der Abgeordneten organisiert wurde, hofft Frau Köppen, dass alle Abgeordneten an dieser Veranstaltung teilnehmen werden.

Herr **Gärtner** ergänzt, dass den Kreistagsabgeordneten die Einladung per E-Mail zugesandt wird, welche weitere Informationen enthält wie Tagesordnung, Programmablauf, Namen der Experten.

TOP 5

Sachstand zum Ausbau der B 101n

Frau **Pfretzschner** vom LS berichtet zum Ausbau der B 101n, OU Luckenwalde Süd Folgendes:

Im Vorfeld der eigentlichen Baumaßnahmen fanden umfangreiche bauvorbereitende Maßnahmen statt, wie der Abriss von Gebäuden, die Munitionsbergung, die Umsetzung von Vo-

² Offene Diskussion in wechselnden Gruppen

gelschutzmaßnahmen, die Entsorgung von Altlasten im Bereich der Trasse und archäologische Hauptuntersuchungen. Das Bauvorhaben ist in drei Mischlose unterteilt.

Das Mischlos 3 (Nordabschnitt) befindet sich derzeit im Bau und schließt an die OU Luckenwalde Nord an. Es geht bis zur Brücke über die Bahn und umfasst auch den Ausbau des Knotenpunktes „An den Ziegeleien“. Die Brücke an der Bahn wird separat ausgeschrieben. Die Ausschreibung ist momentan in Vorbereitung. Im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens wurde aufgetragen, für die Horstbindungszeit des Baumfalken und Schwarzmilans eine Bauausschlusszeit vom 15.03. bis 15.08. vorzusehen. In diesem Umfeld dürfen keine Bauaktivitäten erfolgen, so dass zunächst im nördlichen Bereich des Mischloses 3 mit dem Bau begonnen wird. Sollten die Horste nicht besetzt werden, könnte schon am 01.07. in diesem Bereich weitergebaut werden. Geplantes Bauende für das Mischlos 3 ist voraussichtlich der April 2012.

Das Mischlos 2 führt parallel zur Bahn. Es beinhaltet eine Grünbrücke, die einen Querschnitt von 50 m erhält. Auch diese Brücke wird momentan zur Ausschreibung vorbereitet.

Das Mischlos 1 geht bis kurz vor Kloster Zinna und ist bereits ausgeschrieben und submitted.

Der LS rechnet mit einer Verkehrsfreigabe für die gesamte Strecke in der 2. Jahreshälfte 2013.

Herr **Gärtner** berichtet vom Jahresgespräch im November letzten Jahres mit Herrn Herrmann, dem damaligen Niederlassungsleiter. Ihm wurde dort mitgeteilt, dass der Knotenpunkt „An den Ziegeleien“ im Jahr 2011 realisiert wird. Den neuen Sachstand bedauert er, da auf diesen Anschluss schon ziemlich lange gewartet wird.

Frau **Pfretzschner** antwortet, dass dies aufgrund der Bauausschlusszeiten nicht möglich ist. Erst nach Fertigstellung des Mischloses 3 und mit der Beschilderung sowie Markierung kann die Strecke für den Verkehr freigegeben werden. Der LS ist in Abstimmung mit dem Straßenverkehrsamt.

Herr **Lindner** äußert ebenfalls sein Unverständnis, dass so lange an der Straße gebaut wird. Die Straße ist für die wirtschaftliche Anbindung der Region nach Berlin von enormer Bedeutung.

Herr **Dr. von der Bank** stimmt Herrn Lindner zu. Er findet es ebenfalls merkwürdig, dass das Vorhaben so lange dauert. Entsprechend der an alle Anwesenden ausgeteilten Mitteilung der DEGES vom 25.03.2011 soll der Bau der OU Thyrow nach derzeitigem Planungsstand erst von März 2012 bis Dezember 2013 stattfinden. Das bedeutet letztendlich auch die Schwächung der Anbindung von Luckenwalde und Jüterbog an den Berliner Bereich. Daher sollte geprüft werden, ob die Ausführung der OU Thyrow nicht vorgezogen werden kann, so dass die Gesamtstraße dann im 3. Quartal 2012 fertiggestellt ist. Er bittet die Verwaltung um einen Gesamtüberblick, welche Straßenabschnitte wann gebaut werden sollen, um steuernd eingreifen zu können.

Frau **Pfretzschner** verweist zum Abschnitt OU Thyrow auf die Zuständigkeit der DEGES. Sie kann lediglich Auskunft zur OU Luckenwalde Süd geben.

Herr **Gärtner** bestätigt diese Aussage und ergänzt, dass die ganze OU Luckenwalde, also auch der bereits fertiggestellte Nordabschnitt in den Zuständigkeitsbereich des LS fällt und dieser Bereich ohne kreisliche Beteiligung realisiert wird. Bei der Südumfahrung hatte man das Problem, dass die Planfeststellungsunterlagen einen Tag zu wenig ausgelegt wurden und somit ein Jahr verloren ging. Für den Teil nördlich von Luckenwalde ist die DEGES zu-

ständig. Der Kreistag hat 1999 den Beschluss³ gefasst, dass die B 101n in diesem Bereich vierspurig geplant und gebaut werden soll. Die erforderlichen Mehrkosten in Höhe von ca. 54 Mio. DM (jetzt 24,4 Mio. Euro) werden vom LK TF aufgebracht.

Die Anregung des Herrn Dr. von der Bank wird er aufgreifen und eine entsprechende Übersicht vorbereiten. Er sieht kaum eine Möglichkeit, das Vorhaben zu beschleunigen oder Einfluss zu nehmen. Herr Gärtner berichtet über sein heutiges Telefonat mit dem MIL, da laut der schriftlichen Mitteilung der DEGES dort noch nicht die Information zur Brückenverbreiterung und zum Radweg L 795 vorliegt. Die zuständige Mitarbeiterin erklärte ihm, dass die Berücksichtigung der Verbreiterung erst nach dem Planfeststellungsbeschluss erfolgen wird.

Zuletzt erkundigt er sich beim Ausschuss, ob die Verwaltung an der Einladung der DEGES zur nächsten Sitzung festhalten soll, was dieser bejaht.

TOP 6

S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf

Herr **Habermann** erläutert einleitend die Wichtigkeit der S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf. Beispielsweise wurde die Entwicklung von Mahlow und Blankenfelde maßgeblich durch die S-Bahn-Verlängerung nach Blankenfelde beeinflusst. Mahlow und Blankenfelde erlebten zusammen seit 1990 einen Einwohnerzuwachs von 10.511 Einwohnern. Weiterhin schildert er die Situation der Schüler der Herbert-Tschäpe-Oberschule, die von Mahlow nach Dahlewitz verlegt wurde. Regelmäßig ergeben sich unzulängliche Zustände am Bahnhof Blankenfelde, da die Schüler aus Mahlow über die Schrankenanlage auf den Regionalbahnsteig wechseln müssen und die geschlossenen Schranken von den Schülern nicht akzeptiert werden. Auch für die Schüler aus Südberlin, die die beiden Rangsdorfer Gymnasien besuchen, wäre die S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf sinnvoll und notwendig. Deutlich günstiger angebunden wäre außerdem das Industrie- und Gewerbegebiet Dahlewitz mit 2.500 Arbeitsplätzen. Die weitere Entwicklung von Rangsdorf und Dahlewitz kann durch die S-Bahn-Anbindung deutlich verbessert werden.

Für ihn ist aber entscheidend, dass im Einigungsvertrag 1990 festgelegt wurde, dass die S-Bahn für die Bereiche wieder in Gang gesetzt wird, wo die S-Bahn durch die Teilung Deutschlands stillgelegt wurde. Er betont, dass es wichtig ist, 20 Jahre nach der Einheit hier weiter zu kommen.

Herr Habermann macht auf den vorliegenden Beschlussantrag zum TOP 6 aufmerksam und schildert kurz die Formalien zur Antragstellung für den Kreistag. Dafür ist es u. a. erforderlich, dass mindestens 6 Abgeordnete diesem Antrag zustimmen (§ 35 Abs. 1 BbgKVerf). Anschließend stellt er Herrn Pannier vom Verein BISAR vor, der dem Ausschuss heute die Thematik näher erläutern wird und erteilt ihm das Wort.

Herr **Pannier** informiert und erläutert anhand seiner Präsentation⁴, warum eine Nutzen-Kosten-Untersuchung (NKU) erforderlich ist und wie sie sich finanzieren lässt.

Herr **Lademann** unterstützt und begrüßt die Ausführungen von Herrn Habermann und Herrn Pannier. Auch er ist der Meinung, dass die S-Bahn-Verbindung von Blankenfelde nach Rangsdorf benötigt wird, damit diese Region einen wirtschaftlichen Schub erhält. In der Vergangenheit wurde bereits viel Geld in vorbereitende Maßnahmen zur Trassenführung investiert. Er schildert weitere Gründe, die für eine S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf sprechen. Die Einwohnerentwicklung im Raum Rangsdorf durch den Flughafen BBI lässt sich heute noch nicht abschätzen. Die Verdichtung des Regionalbahnverkehrs auf der Fernbahn-

³ Beschluss Nr. 2-0158/99 vom 28.06.1999

⁴ ist der Niederschrift als Anlage beigelegt

trasse funktioniert aus seiner Sicht nur begrenzt. Fahrzeiten im 20-Minuten-Rhythmus wie bei der S-Bahn werden nicht möglich sein. Herr Lademann spricht sich dafür aus, die Sache voranzubringen, auch wegen der abschmelzenden Finanzierung, die Herr Pannier zuvor in seiner Präsentation erläuterte. Die NKU ist erforderlich, um überhaupt Geld akquirieren zu können, da das GVFG⁵ als Voraussetzung für die Bereitstellung von Fördermitteln des Bundes einen positiven Nachweis für geforderte Verkehrsinvestitionen verlangt.

Einen Grund für die Zurückhaltung des Landes zu dieser Thematik sieht er in den jährlich anfallenden Betriebskosten, die allein für diese Strecke einen Umfang von 1,8 Mio. Euro ausmachen. Sollte es eine Verlängerung im Norden nach Velten geben, wären es dann insgesamt 3 Mio. Euro Betriebskosten, die das Land jährlich aufbringen müsste.

Herr **Pannier** erläutert, wie sich dieses Bestellerentgelt in Höhe von 1,8 Mio. Euro errechnet. Der Begriff Bestellerentgelt ist gleichzusetzen mit Regionalisierungsmitteln oder Differenzausgleich an die Unternehmen zur Deckung ihrer Unkosten. Er führt weiter aus, dass sich bei einer RE 3-Verdichtung auf einen 30-Minuten-Takt zwischen Rangsdorf und Hauptbahnhof 2,17 Mio. Euro ergeben würden. Würde man auch einen 30-Minuten-Takt von Wünsdorf bis Gesundbrunnen realisieren, erhöht sich der Aufwand zusätzlich auf 3,49 Mio. Euro zu den Regionalisierungskosten bzw. Bestellerentgelten, die das Land jetzt schon für RE-Züge im Süden von Brandenburg (RE 3, RE 7) bezahlt, das heißt also wesentlich mehr Kosten an Bestellerentgelt. Die Ursache ist der längere Laufweg der RE-Züge. Damit kann sich die S-Bahn hier kostengünstiger darstellen.

Herr **Dr. von der Bank** dankt Herrn Pannier für seinen unermüdlichen Einsatz für die S-Bahn-Verlängerung nach Dahlewitz und auch nach Rangsdorf. Er spricht sich dafür aus, gemeinsam alles dafür zu tun, dieses Projekt möglichst schnell nach vorn zu bringen, insbesondere diese erforderliche NKU. Daher wäre es zielführend, nicht erst 2012, sondern schon 2011 mit der NKU zu beginnen. Herr Dr. von der Bank empfiehlt, den Beschlussvorschlag am Ende wie folgt zu ändern:

„der Ausschuss empfiehlt dem Kreistag, dass der Landkreis Teltow-Fläming finanzielle Angebote für eine NKU bei entsprechenden Ingenieurbüros einholt.“

Somit könnte man schneller voran kommen und gleich nach dem Beschluss des Kreistages beginnen.

Herr **Baumecker** ist dafür, kein Jahr für die Übernahme der Kosten im Beschlussantrag aufzunehmen. Da es in erster Linie nicht um Geld vom Landkreis geht, sollte dieser Beschlussantrag kein Problem darstellen. Er bittet auch zu bedenken, dass ein solches Projekt mit den Jahren nicht billiger wird. Außerdem werden sich die Verkehrsströme mit dem Flughafen BBI in einer Weise entwickeln, die heute überhaupt noch nicht eingeschätzt werden können. Alles was sich nicht auf der Straße bewegen muss, kann man erst mal nur positiv sehen. Somit gibt es keine Alternative.

Die Frage der Kosten ist für ihn momentan gar kein Thema. Sollte bei der NKU kein Faktor größer 1 herauskommen, kann man sich jede weitere Diskussion sparen.

Herr **Dr. Stirnal** teilt mit, dass die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow sich zwar grundsätzlich nicht gegen eine S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf ausgesprochen hat, aber es problematisch sieht, wenn nach Aussage der Bahn der Regionalbahnhof Dahlewitz dann wegfallen würde.

Dahlewitz bzw. die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow will auf diesen Haltepunkt nicht verzichten. Das würde natürlich auch gewisse Modifizierungen innerhalb des Kosten-Nutzens erge-

⁵ Gesetz über Finanzhilfen des Bundes zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse der Gemeinden (Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz - GVFG)

ben. Seiner Meinung nach sollte das mit betrachtet werden, dass ein solcher Haltepunkt für die Regionalbahn erhalten bleibt.

Herr **Pannier** informiert darüber, dass die DB Netz AG bereits im Jahr 2000 gesagt hat, wenn die S-Bahn-Verlängerung kommt, wird es in Dahlewitz keine Regionalbahnhalte für einen Ortsteil mit 2.200 Einwohnern geben. Dasselbe wurde auch auf der Sitzung des Fachausschusses Verkehr des MIL in Berlin am 20.03.2008 beschlossen. Die Ausschusssitzung wurde von Prof. Thiel von der BTU Cottbus geleitet und auch protokolliert. Außerdem hat der Ortsbeirat Dahlewitz am 06.09.2006 beschlossen, dass sie einstimmig für die S-Bahn-Verlängerung mit einem S-Bahn-Halt in Dahlewitz sind und solange die S-Bahn nicht kommt, muss der Regionalbahnhalt eben erhalten bleiben.

Herr **Dr. Stirnal** antwortet, dass aber seitens der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow der Beschluss gefasst wurde, auf diesen Haltepunkt für die Regionalbahn trotz S-Bahn-Verlängerung zu bestehen.

Herr **Lademann** verdeutlicht, dass eine Verbesserung darin besteht, wenn man dreimal in der Stunde eine S-Bahn nutzen kann, als einmal in der Stunde die Regionalbahn. Aus seiner Sicht stellt auch die Umsteigebeziehung kein großes Problem dar.

Herr **Habermann** erklärt, dass es vergleichsweise bei anderen Strecken an allen Stationen vor den Endstationen keinen S-Bahn-Halt gibt. Das ist rings um Berlin die übliche Verfahrensweise. Wenn man in Dahlewitz einen Regionalhalt behalten wollte, erklärt Herr Habermann, dann müsste auch ein zusätzlicher Mittelbahnsteig errichtet werden. Die Kosten wären dann aber so gewaltig, dass keiner mehr einer S-Bahn-Verlängerung nach Rangsdorf zustimmen würde.

Außerdem besteht für die Dahlewitzer ein großer Vorteil darin, dass sie mit der S-Bahn nach 22 Uhr problemlos zurückfahren können. Sie haben den ganzen Tag über einen 20-Minuten-Verkehr und das ist eindeutig ein Vorteil gegenüber dem Stundenverkehr.

Herr **Rex** stimmt den Vorrednern zu und ist ebenfalls dafür, diese NKU endlich auf den Weg zu bringen.

Herr **Gärtner** schlägt vor, im Beschlusstext das Jahr 2012 zu streichen.

Dem stimmt Herr **Dr. von der Bank** zu und ergänzt, auch die im Antrag formulierte Alternative und den letzten Satz im Begründungstext zu streichen.

Herr **Habermann** stellt fest, dass heute leider nur 5 Abgeordnete anwesend sind, um diesen Antrag zu unterstützen. Er wird sich um eine weitere Unterschrift bemühen. Anschließend stellt Herr Habermann den geänderten Beschlussantrag zur Abstimmung, dem der Ausschuss einstimmig zustimmt.

(Herr Dr. Stirnal verlässt die Sitzung um 18:27 Uhr.

TOP 7 **Flughafen BBI**

Herr **Dr. von der Bank** erkundigt sich bei Herrn Gärtner und Herrn Habermann über die Ergebnisse der letzten Fluglärmkommission (FLK).

Herr **Habermann** berichtet, dass auf der letzten Sitzung der FLK allgemein über Flugverfahren gesprochen werden sollte, um Unklarheiten in der Zusammenarbeit mit der DFS abzugleichen. Die Vorsitzende der FLK, Frau Schneider, stellte jedoch, ohne dass es die Ta-

gesordnung vorsah, Flugrouten zur Abstimmung. Dagegen wehrten sich entschieden der Bürgermeister von Eichwalde, Herr Bernd Speer und der Bezirksstadtrat für Umwelt von Treptow-Köpenick, Herr Michael Schneider. Diesen Einspruch hat er unterstützt, da eine Abstimmung über Flugrouten laut Tagesordnung nicht vorgesehen war. Außerdem hätte entsprechend der Geschäftsordnung der FLK jedem Mitglied ein schriftlicher Antrag zur Beschlussfassung vorliegen und fristgemäß eingereicht werden müssen. Beides ist nicht erfolgt und daher ist seiner Auffassung nach die dort erfolgte Abstimmung unwirksam.

Die Aussage wird von Herrn **Gärtner** bestätigt. Die Tagesordnung sah keine Abstimmung vor. Der Presse hat er entnommen, dass seitens des Bürgermeisters der Gemeinde Blankenfelde-Mahlow angedacht ist, dagegen gerichtlich vorzugehen. Herr Gärtner äußert sich außerdem besorgt darüber, dass aufgrund der Mehrheitsverhältnisse bei diesem großen Gremium (36 Mitglieder) selbst bei einer ordentlich eingereichten Beschlussvorlage, kein anderes Ergebnis herauskommen wird als der Südknick. Es gibt nur 6 Stimmen gegen den Geradeausabflug auf der Nordbahn über Blankenfelde-Mahlow.

Herr **Rex** erkundigt sich bei Herrn Gärtner, ob von ihm als Vertreter des Landkreises diese Beschlüsse beanstandet wurden oder ob er gedenkt, dies zu tun.

Herr **Gärtner** merkt an, dass er zwar vom Kreistag zur Wahrnehmung dieser Funktion gewählt wurde, aber nicht für den Landkreis, sondern für die Stadt Zossen, die Stadt Trebbin und die Gemeinde Am Mellensee die nicht ganz so stark betroffen sind, aber eine Stimme in der FLK haben. Mit diesen Gemeinden besteht ein regelmäßiger Beratungsrhythmus, immer mittwochs vor der Sitzung der FLK. Er wird sehen, was diese Gemeinden dazu zu sagen haben.

Herr **Rex** macht darauf aufmerksam, dass Beschlüsse laut Geschäftsordnung der FLK nur in einer bestimmten Frist beanstandet werden können.

Herr **Dr. von der Bank** wendet sich an Herrn Gärtner und Herrn Habermann und bittet zu bedenken, dass wenn ein solcher Beschluss nicht beanstandet wird, dies einer Duldung gleich kommt und den Eindruck erwecken lässt, dass diese Vorgehensweise in Ordnung war.

Herr Dr. von der Bank möchte außerdem wissen, wie beide Mitglieder der FLK die momentane Situation bezüglich des Nachtflugverbotes mit einer Kernzeit von 22 bis 6 Uhr einschätzen. Die Berliner fordern das Verbot für die Nordbahn und dass der Nachtflugverkehr auf der Südbahn abgewickelt wird. Er sieht es kritisch, wenn man bedenkt, dass es die abknickenden Flugrouten geben wird, weil es in den bisherigen Schutzgebieten die Dauerschallpegel reduziert und dadurch ermöglicht, dass nachts mehr Flüge auf der Südbahn stattfinden können.

Herr **Habermann** berichtet, dass im Planfeststellungsbeschluss geschrieben steht, dass Berlin den Flughafen BBI in Schönefeld und das Land Brandenburg den Flughafen in Sperenberg gefordert hatte. Berlin will den Flughafen in Schönefeld haben, aber kein Flugzeug darf über Berlin fliegen. Er ist über die Landesregierung und über die vielfältigen Berufungen in die FLK enttäuscht, sodass es jetzt eine Majorität der kaum Betroffenen gibt, gegenüber einer Minorität der wirklich vom Fluglärm im Sinne des Fluglärmschutzgesetzes Betroffenen. Das ist eine Situation, die nicht akzeptiert werden kann. Er will sich persönlich noch einmal schriftlich an die Landesregierung wenden.

Herr **Gärtner** ergänzt, dass sich die FLK gegen den Nachtflug von 22 bis 6 Uhr ausgesprochen und einen entsprechenden Beschluss gefasst hat. Diese Frage ist aber eigentlich nicht Thema für die FLK, sondern sollte auf dem politischen Parkett diskutiert werden, betont Herr Gärtner. Dazu gibt es am 06.04.2011 eine Anhörung im Landtag. Letztlich ist die Frage, was

die drei öffentlichen Gesellschafter, der Bund, das Land Berlin und das Land Brandenburg an der Stelle wollen. Die Länder Brandenburg und Berlin haben die Mehrheit. Sie können jederzeit sagen, wir fliegen nicht von 22 bis 6 Uhr. An der Stelle ist politische Arbeit angesagt; die Mitglieder der FLK können da wenig ausrichten.

Herr **Habermann** weist darauf hin, dass die FLK nicht nur zur Beratung der DFS und des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung da ist, sondern auch für die Genehmigungsbehörde und diese setzt den Nachtflug fest.

TOP 8 **Sonstiges**

Frau **Krüger** erkundigt sich nach dem Bürgerhaus am Haupteingang des Kreishauses. Sie möchte wissen, welche Nutzung dafür vorgesehen ist.

Herr **Habermann** gibt die Frage an die Verwaltung weiter.

Herr **Lademann** antwortet darauf, dass die Verwaltung sich noch nicht eindeutig dazu positioniert hat. Das ist eine Frage der inneren Verwaltung, also des Hauptamtes. In den nächsten Monaten wird es hier im Haus Umzüge geben und in diesem Zusammenhang wird natürlich auch dieses Gebäude mit eingeplant. Es ist aber noch nichts entschieden. In diesem Jahr ist die Sanierung der Außenhaut (Dach, Fassade, Fenster) vorgesehen und im nächsten Jahr geht es dann im Inneren weiter, so dass wenn alles gut läuft, das Haus 2013 belegt werden kann.

Herr **Habermann** beendet die Sitzung um 18:41.

Datum: 10.05.11

Habermann
Vorsitzender

Teubner
Schriftführerin